

Ergänzendes Statement zum Thema „Klartext zur Wahl“

Zu den Kandidaten

Wir sind parteipolitisch ungebundene Bürger, ohne Alllasten und Karriereziele in der Politik. Wir sind Niemanden – auch keiner Parteizentrale – gegenüber verpflichtet, jedwede Ziele zu Lasten der Allgemeinheit umzusetzen. Wir sind keine Lobbyisten und stehen zu unserem Wort.

Wir decken durch unsere Ausbildung, unser Alter und unseren Beruf ein breites Spektrum an Wissen und Erfahrung ab. Im Mittelpunkt unseres Lebens und Handelns stehen unsere Familien mit all dem, was damit verbunden ist, also auch unsere Heimatgemeinde Grünwald. Nur die PBG bietet uns die Möglichkeit unsere Meinung frei und ungezwungen einzubringen. Unsere Sachentscheidungen können und werden daher frei vom Fraktionszwang getroffen werden.

Unsere Ziele allgemein

Eine parteipolitisch unabhängige Gemeindepolitik, bei der das Wohl unserer Gemeinde und deren Bürger an erster Stelle steht ist unser Ziel. Wir haben dabei keine Berührungspunkte gegenüber politisch anders Denkenden, sei es in der Gemeinde, im Kreis oder im Land.

Status Quo

Grünwald ist heute eine reiche Gemeinde. Dies ist in Deutschland und Europa äußerst selten. Und dass unsere vollen Kassen Begehrlichkeiten aus vielen Richtungen wecken, ist daher nachvollziehbar; verleitet allerdings oft zum überschwänglichen Geldausgeben. Grünwalds Wohlstand basiert auf einer jahrzehntelangen Entwicklung der Gemeinde. Zirka 85 Prozent unserer Gemeindecinnahmen stammen von Gewerbesteuerzahlern (überwiegend Büro und Verwaltung, kaum produzierendes Gewerbe, wenig Handwerk), der Rest setzt sich aus Anteilen an der Einkommenssteuer, Lohnsteuer und Umsatzsteuer, sowie Grundsteuer und sonstigen Einnahmen zusammen. Durch eine zukünftig länderweite andere Verteilung der Gewerbesteuereinnahmen ist diese Einnahmenquelle einerseits nicht gesichert, andererseits ist die schnelle Abwanderung der Firmen sowie eine schlechter werdende wirtschaftliche Situation ein stetes Risiko.

Im Moment werden seitens der politischen Parteien - insbesondere der CSU -, Wahlversprechen in Form von Großprojekten gemacht, die unsere kompletten Rücklagen aufbrauchen. Weder wurde der wirklichen Sinn der Projekte hinterfragt, noch wurde über den zukünftig zu erwartende Unterhalt der fertiggestellten Großprojekte nachgedacht. Unsummen werden schnell ver-

schlungen sein. Viele Planungen gingen und gehen am erklärten Bürgerwillen vorbei. Der Bürger wurde und wird bei den Entscheidungen ausgeschlossen.

Gymnasium: 80 Prozent wollen es.

Die Übertrittsquote von der Grundschule zum Gymnasium ist mit mehr als 80 Prozent Bundesspitze. Die CSU hat sich auf ein staatliches Gymnasium festgelegt und gegen alternative Planungen gestellt, wie z.B. die gemischte Trägerschaft kommunale / private Betreiber. Dabei ist das kommunale Gymnasium nicht nur in München auf dem Vormarsch. Nach der Wahl könnte die CSU im Kultusministerium unser Gymnasium ablehnen. Mit der fadenscheinigen Begründung, die Gymnasien der Nachbargemeinden würden auch für Gastkinder aus Grünwald ausgebaut werden. Dann wird es in Grünwald kein Gymnasium geben. Zumindest kein staatliches.

Sitzen auch hier das Kultusministerium und die Landes-CSU am Hebel, und die ureigene Gemeindepolitik bleibt im Wahlkampf auf der Strecke? Die Auswirkungen von G8 und häufige Unterrichtsausfälle an den staatlichen Gymnasien sind kein Ruhmesblatt, schon gar nicht gemessen an der Pisa-Studie.

Wir unterstützen eindeutig die Ziele des Teams Gymnasium Grünwald, welche auch eine Vielzahl weiterer Optionen offen lässt. Das geforderte Alleinstellungsmerkmal für das neue Gymnasium könnte in dieser Form speziell auf die Wünsche der Eltern ausgerichtet werden hin zu einem besonderen Gymnasium, das sich deutlich von den vorhandenen unterscheidet. Dieses Gymnasium wird allen Grünwalder/innen offen stehen.

Tunnel und Verkehr

Der Tunnel von Ost nach West und umgekehrt wird als große Lösung für die Probleme, welche durch den Durchgangsverkehr entstehen, versprochen. Kommt ein Südring? Kommt eine Isarhochbrücke? Wie entwickeln sich die Nachbargemeinden oder der Verkehr im Gesamten u.v.m.? All das wurde bislang nicht berücksichtigt. Der Durchgangsverkehr Nord-Süd oder umgekehrt wird dadurch nicht aufgelöst: Im Gegenteil. Mit der Realisierung eines der o.g. anderen Projekte droht der Verkehr noch zu einer viel größeren Belastung zu werden. Besonders an den Wochenenden. Die Herstellung des Tunnels verschlingt den größten Teil unserer Gemeinderücklagen. Kostenbeteiligungen durch Kreis, Land oder Bund sind bisher nicht in Sicht und kaum zu erwarten. So bleibt alles am Bürger hängen: Behinderung durch die jahrelange Großbaustelle, gewaltige Unterhaltskosten und am Ende eine leere Kasse.

Wir setzen uns für eine Gesamtverkehrslösung ein, in Abstimmung mit den Verkehrsplanern von Nachbargemeinden dem Landkreis und des Landes Bayern. Eine Kostenbeteiligung im üblichen Rahmen durch Kreis, Land oder sogar durch den Bund ist für uns obligatorisch. Die Beruhigung des innerörtlichen Verkehrs, besonders in Wohngebieten, wie z.B. der Gabriel-von-Seidl-Straße ist für einen Verkehrsplaner eine leichte Aufgabe und kann jederzeit unter Einbindung der Bürgermeinungen angegangen werden. Dies hätte aber schon längst erledigt werden können.

Tiefgarage

Die geplante und bereits beschlossene Tiefgarage am Hirtenweg ist mit ihren Herstellungskosten und den zu erwartenden Unterhaltskosten wirtschaftlich wohl kaum zu betreiben. Zudem stehen dem Bürger nicht alle Parkplätze zur Verfügung, da diese wegen Fehlplanung des Tannenhofes so ganz nebenbei zum Großteil bereits vergeben wurden. Diese Fakten wurden bisher nicht ausreichend dargestellt. Eine Kosten-Nutzen-Analyse wurde steht noch aus. Ob die Bürger die Garage auch wirklich nutzen würden, wurde ebenso nicht ermittelt. Mit mehr als 7,5 Mio. Euro ein wahrlich teures Wahlgeschenk. Oder Trojanisches Pferd.

Wörnbrunn

Fakt ist: Ein privater Investor hat den Auftrag zur Umgestaltung und Renovierung des Forsthauses an das Planungsbüro von Herrn Helmut Kraus vergeben. Die Gemeinderatskandidaten der PBG und ihr Bürgermeisterkandidat sind in keiner Weise der Eigentümerin von Wörnbrunn oder dem Eigentümer der Rodungsinsel verpflichtet. Sämtliche anderslautende Äußerungen hierzu, dienen ausschließlich dem Wahlkampf und der persönlichen Diffamierung der Kandidaten der PBG. Für uns war und ist der Erhalt der Rodungsinhalt, so wie sie heute besteht, immer selbstverständlich.

Wir GRÜNWALDER / Isar Anzeiger

Nachdem die PBG vor über einem Jahr eine neue Vereinsführung bekommen hat, wurde die Information an den Bürger und der Umgang mit dem Bürger optimiert. Es wird daher eine Zeitung des Vereins herausgegeben. Wie sich jetzt in Zeiten des Wahlkampfes herausstellt, wird der Isaranzeiger von vielen Grünwalder Parteien, allen voran von der CSU, zum Wahlkampf missbraucht. Aufgrund dieser neuen Situation äußern wir uns daher selbstverständlich im WIR GRÜNWALDER auch zu diesen Themen. Abgesehen von Druck und Verteilung, entsteht diese Zeitung ausschließlich durch Eigenleistung. Der Isaranzeiger dagegen wird von der Gemeinde bezuschusst. Die einseitige Berichterstattung klingt wie: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“

Geothermie

Welche Kosten das Mammutprojekt Geothermie insgesamt verschlingen wird, wurde bisher nicht ermittelt. Die Gemeinde Grünwald hat keine eigenen Schürfrechte und muss die Energie von einer Nachbargemeinde hinzukaufen. Sämtliche Straßen müssen wieder aufgerissen, isolierte Rohre zweifach verlegt und Verteilerstationen gebaut werden. Ganz zu schweigen von den Kosten für die Anlieger für einen Anschluss und den Umbau. Erst wenn sämtliche Kosten sachgerecht ermittelt wurden, und der Bezug der Energie von den Nachbargemeinde sichergestellt und in der Höhe fixiert worden ist, lässt sich das Projekt auf Kosten und Nutzen analysieren. Erst als zweiter Schritt muss ermittelt werden, welche Anwohner bereit wären, sich an die Geothermie anschließen zu lassen, da für die einzelnen Haushalte nicht unerhebliche Kosten für den Umbau entstehen werden. Erst wenn o.a. Parameter vollständig eruiert sind, kann seitens der Gemeinde beschlossen werden, wie die Herstellungs- und Unterhaltskosten auf den Energiepreis und/oder die Anschlusskosten, also auf uns Bürger umgelegt werden müssen. Dass die Gemeinde bis dahin sämtliche Bau- und Planungskosten vorfinanziert, muss hierbei bedacht werden. Ebenso ist die Abhängigkeit von Nachbargemeinden und einzelnen Betreibern zu bedenken.

Sollen mit der Einführung der Geothermie in Grünwald die aus den Kostenrahmen laufenden Projekte der (CSU) Nachbargemeinden finanziert werden?

Bauen und Wohnen - Ortsgestaltungssatzung

Wir sind für die Erhaltung des Gartenstadtcharakters. Wie kann man auch dagegen sein? Wir vertreten weder die Interessen von Spekulanten und Bauträgern, noch die Anderer, die das Ortsbild, getrieben durch ihre Profitgier, zerstören wollen. Die Ortsgestaltungssatzung ist zwar vorhanden, aber die Ausnahmegenehmigungen hierzu sind zum Regelfall geworden. Dies muss beendet werden.

Robert-Koch-Straße

Die Arbeiten an der Robert Koch Straße (zum Teil zum großen Unmut der Anlieger) sind seit langem abgeschlossen. Die Rechnungen sind seitens der Gemeinde bis heute nicht gestellt. Wartet man bis nach den Kommunalwahlen?

Mobilfunk

Die Politik des Bürgermeisters war das Versprechen, etwas zu unternehmen, um dann bei erster Gelegenheit seine Machtlosigkeit kund zu tun. Die Gemeinde waren schon lange vor dem Bau des neuen Mastes am Forstweg informiert. Sie hat sogar

den Standort mit vorgeschlagen. Die Bürger wurden nicht informiert und im Gemeinderat wurde die Thematik in nicht öffentlicher Sitzung besprochen. Die Gemeinde wurde nicht von sich aus aktiv, sondern bewegte sich erst, als die Aktionen des Vereins „Zukunft Grünwald“ sie unter Zugzwang setzten. Sogar der Termin beim Gemeindetag wurde einzig durch den Verein „Zukunft Grünwald“ realisiert. Eine „Arbeitsgemeinschaft Mobilfunk“, wie durch den Gemeindetag angeregt, gibt es bis heute nicht. Die Messungen am Kindergarten und den Masten hätten ohne Druck seitens des Vereins niemals stattgefunden. Und nun brüstet sich der Erste Bürgermeister mit seinen Leistungen zum Strahlenschutz am Kindergarten. Das ist blanker Hohn und völlige Verdrehung der Tatsachen. Das muss sich ändern. Auch wenn die Möglichkeiten der Gemeinden beim Mobilfunk limitiert sind, so können sie doch erfolgreich aktiv werden. Das aber geht nur in Zusammenarbeit mit informierten Bürgern. Hier sind die Interessen der Gemeinde zu wahren und nicht die Vorgaben der CSU-Staatsregierung. Solche und ähnliche Themen wird die PBG mit der erforderlichen Offenheit gegenüber den Bürgern und der notwendigen Vehemenz gegenüber Behörden und Unternehmen angehen. Gemeinsam mit den Bürgern für die Bürger.

Umwelt

Die Umsetzung der Energievision liegt uns am Herzen, ebenso die Förderung der Alternativen Energien im Kleinen wie im Großen. Wir fordern eine konsequente und nachhaltigere Aufklärung der Einwohner in Bereichen wie z.B. der Energieeinsparung, der Regenwassernutzung, der Müllvermeidung, der Begrünung, der Reduzierung von Emissionen, und der Nutzung regenerativer Energiequellen. Die Reduzierung der Emissionen in Bezug auf Straßenverkehr und Lärmbelastung betrachten wir ebenso als unsere Aufgabe. Eine Energievision reicht nicht, es müssen Taten folgen. Und zwar bald.

Soziales, Senioren, Kinder

Das Füreinander und Miteinander der einzelnen Generationen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Gemeinde Grünwald muss den Anforderungen der Senioren im täglichen Leben Rech-

nung tragen. Der Bau eines Mehrgenerationenhauses allein löst dieses Problem nicht. Entscheidend ist das Konzept und sind die Leute, die dahinter stehen. Über die Schaffung von Wohnraum für Familien zu erschwinglichen Preisen, sollte nicht nur gesprochen werden, es muss mehr getan werden.

Kinder sind unsere Zukunft. Die Zukunft zu gestalten, bedeutet, unseren Kindern die bestmögliche Ausbildung zu ermöglichen und soziale Kompetenz zu vermitteln. Wir wollen dies für alle Kinder der Gemeinde. Wir wollen Prioritäten schaffen. Anstatt in sinnlose Großprojekte zu investieren, sollten in erster Linie eine soziale Einrichtung und/oder eine Schule errichten. Wir müssen unseren Kindern eine lebenswerte Welt hinterlassen, zumindest in unserer Gemeinde.

Wirtschaft und Finanzen

Vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik sichert uns eine gedeihliche Zukunft. Unser Ziel ist eine zukunftsorientierte, ausgewogene und moderne Haushaltspolitik. Wir wollen bisherige Einnahmen sichern und neue Einnahmequellen erschließen. Wir fördern sinnvolle Investitionen in eine wirtschaftliche und soziale Infrastruktur, doch ohne kostenintensive Prestigeprojekte. Wir stehen für Kostentransparenz, sparsame Mittelverwendung und Substanzerhalt. Kontrolle und Reduzierung der Kosten sind Voraussetzung für vernünftiges Handeln. Verantwortungsbewusster Umgang mit dem Bürger und seinen Steuergeldern ist unser Ziel.

Schlussbemerkung

Wir als parteifreie Gruppierung (PBG) sind, wie der Name schon sagt, frei. Und zwar frei in jeder Hinsicht des Denkens und des Handelns. Auch dient sich Niemand von uns als Abnicker nach oben, noch wird irgendjemand mundtot gemacht oder zur Abstimmung genötigt. Unsere gemeinsamen Entscheidungen basieren auf Sachlichkeit, Zukunftsorientierung und Bürgernähe – sind allzeit transparent und nachvollziehbar. ■

Wir bitten Sie um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme!



Michael Otto Schötz
Liste 4, 407



Julian Becker
Liste 4, 411



Christina Söhne
Liste 4, 405



Klaus Kahle
Liste 4, 414



Christopher Graf v. Spee
Liste 4, 418